

Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

Ausschussvorsitz: Petra Keleova (Hamburg), Maximilian Lewark (Schleswig-Holstein)

Die Frage nach der Asyl- und Flüchtlingspolitik der EU: Wie kann es der EU gelingen, die verschiedenen bestehenden Asylsysteme unter besonderer Berücksichtigung der Menschenwürde zu vereinheitlichen, um die Situation von Asylbewerbern in der EU zu verbessern?

Das Modell Europa Parlament

1. gründet eine EU-weit supranationale Behörde SNAB (Supranational Asylum Board) mit Vertretungen in den Mitgliedsstaaten, die in Kooperation mit selbigen für ein einheitliches, EU-weites Aufnahmeverfahren steht, das die Datenerfassung, unterstützt durch das bestehende EURODAC System, beinhaltet, und die Entscheidung über den Asylantrag umfasst;
2. fordert die Einführung von Mindeststandards in Aufnahmeeinrichtungen hinsichtlich Hygiene, Nahrung, medizinischer Versorgung, Wohnraum, Möglichkeiten zu psychologischer Betreuung und Integration und,
 - a) dass deren Einhaltung kontrolliert und im Fall von Verstößen finanziell sanktioniert wird,
 - b) die in einer Klassifikation der Qualitätsstufen der Stufe C entsprechen, bei höherer Qualität können die Stufen A und B erreicht und entsprechend subventioniert werden,
3. wobei die Kontrolle und Klassifizierung durch eine Expertenkommission eingegliedert in die SNAB erfolgen;
4. drängt zu einer Änderung der Dublin III-Verordnung durch einen staatspezifischen Verteilungsschlüssel für die Anzahl der Asylbewerber und die Anzahl der zu bearbeitenden Asylverfahren unter Berücksichtigung der Gewährung der Familienzusammenführung und orientiert an
 - a) Einwohnerzahl,
 - b) Wirtschaftskraft
 - c) Fläche
 - d) Arbeitslosenquote;
5. beschließt Subventionen für Mitgliedsstaaten, die mehr Asylbewerber aufnehmen, als in den aus dem Verteilungsschlüssel resultierenden Quoten festgelegt;
6. sieht eine Umstrukturierung von FRONTEX und die Gleichsetzung der Rettung der Flüchtlinge und der Sicherung der Grenzen als Priorität;
7. fordert die Integration von Asylbewerbern in den Arbeitsmarkt, beginnend mit der Anerkennung ausländischer Qualifikationen bzw. Abschlüssen nach Überprüfung selbiger;
8. drängt zu einer stärkeren Unterstützung der bereits vorhandenen staatlichen

Organisationen für Sprachkurse und Bildungsmöglichkeiten unter anderem über das Einwanderungsland während des Asylverfahrens;

9. fordert den Ausschuss für soziale Angelegenheiten dazu auf, eine multimediale Aufklärungskampagne gegen Rassismus und Vorurteile gegenüber Migranten zu starten;

10. übergibt die Aufgabe, eine halbjährlich zu überprüfende und bei akuten politischen Notlagen in Drittstaaten umgehend zu aktualisierende, EU-weit gültige Einteilung in sichere bzw. unsichere Drittstaaten zu erstellen, an ein Expertengremium des SNAB;

11. unterstützt die nachhaltigere Einsetzung der Entwicklungshilfe in den betroffenen Drittstaaten;

12. beauftragt SNAB mit der Gewährleistung der Einhaltung der in der Rückführungsrichtlinie und den entsprechenden Abkommen mit Drittstaaten vereinbarten Vorgaben;

Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten

Ausschussvorsitz: Frederic Mattes (Baden-Württemberg), Jost Burhop (Berlin)

Die Frage nach der Rolle der EU im syrischen Bürgerkrieg- Welche Haltung soll die EU im syrischen Bürgerkrieg einnehmen und soll sie Partei ergreifen? Wie kann sie stabilisierend auf die Region einwirken?

Das Modell Europa Parlament

1. plädiert für den Interessens Austausch und die Kompromissfindung fördernde diplomatische Verhandlungen bei welchen die EU eine neutrale Rolle als Vermittler einnimmt,

2. ruft dazu auf, eine einheitliche internationale Lösung mit den Großmächten, Nachbarländern und Syrien zu finden,

3. empfiehlt die Gründung eines permanenten Friedensverhandlungsrates,

4. verabschiedet eine

- a. Sperrung islamistischer Inhalte im Internet, insbesondere auf sozialen Netzwerken
- b. Präventive Festsetzung nachgewiesener Unterstützer einer terroristischen Vereinigung

durchführende Verordnung,

5. fordert bei allen Rückkehrern

- a. eine stärkere generelle Überwachung und Kontrolle dieser

b. eine veränderte Gesetzeslage zur vereinfachten Festsetzung nachgewiesener Unterstützer terroristischer Vereinigungen,

6. erklärt, dass

a. eine militärische Intervention in Form von Bodentruppen nicht möglich ist

b. eine Beschränkung auf präzise, taktisch logische Luftschläge gegen den IS notwendig ist,

7. spricht sich für die Einstellung von Waffenlieferungen jeglicher Art in die Krisenregion aus,

8. fordert die Unterbrechung von Handelsbeziehungen zwischen der EU und der, den IS unterstützenden Staaten,

9. betont die Wichtigkeit der verstärkten Subventionierung von

a. humanitären Hilfsleistungen und deren kontrollierter Verteilung in die betroffenen Staaten

b. bereits bestehenden Fonds zur Finanzierung von Flüchtlingslagern,

10. drängt zu der Gründung des die nachhaltige Bildung eines neuen politischen Systems unterstützenden, politische Aufklärungsarbeit leistenden, den Handel verstärkenden und wirtschaftliche Unterstützung nach Beendigung des Krieges in die Wege leitenden Komitees ERK (Europäisches Rehabilitations-Komitee)

11. plädiert für die verstärkte Zusammenarbeit mit NGO's im Wiederaufbau und für die Leistung von Hilfe zur Selbsthilfe,

12. befürwortet die Berücksichtigung aller Bevölkerungsgruppen und die Wahrung der Menschenrechte beim Wiederaufbau Syriens,

Ausschuss für Wirtschaft und Währung

Ausschussvorsitz: Henrique Heiermann (Thüringen), Sven Woelk (Niedersachsen)

Die Frage nach einer fairen EU-Steuerpolitik: Welche Schritte müssen eingeleitet werden, um einen möglichst fairen Steuerwettbewerb im europäischen Wirtschaftsraum zu ermöglichen

Das Modell Europa Parlament

1. empfiehlt einen im Bereich der Unternehmensbesteuerung von Experten herausgearbeiteten EU-weiten Steuerkorridor;

2. erhebt eine in den FII (Fond for infrastructural Investment) einzuzahlende Bankingsteuer (Steuer auf Mitgliedsbeitrag) durch das Expertengremium für alle EU-Mitgliedsstaaten;

3. befreit die korridoreinhaltenden Mitgliedsstaaten von OC 2;

4. teilt die Einnahmen der Bankingsteuer für die Subventionen und Infrastruktur-Investments wirtschaftlich benachteiligter Mitgliedsstaaten ein;
5. gründet ein Gremium zur Kontrolle der zwischenstaatlichen Finanzströme zur frühzeitigen Erkennung von Steuerschlupflöchern;
6. hält eine vom Europäischen Gerichtshof festzulegende, einheitliche Definition der Steuerhinterziehung für notwendig;
7. toleriert die Gewährleistung von Patentboxen allein bei Einnahmen aus inländischen, an Forschungs- und Entwicklungsausgaben gebundenen, patentierten Forschungsaktivitäten;
8. plädiert auf die Beibehaltung des Taxrulings unter der Berücksichtigung von Transparenz und des Zins- und Lizenzrechts und erkennt dessen Bedeutung für die europäische Wirtschaft;
9. Autorisiert die Nutzung des bereits in OC 5 gegründeten Kontrollgremiums zur staatenübergreifenden und verschärften Strafverfolgung von Steuerdelikten;
10. Führt eine multimediale Steuerregelungs-Aufklärungskampagne (MSAK) ein;
11. schafft durch die Umsetzung der oben genannten Aspekte einen wirtschaftlich rentablen Absatzmarkt.

Ausschuss für Bildung, Jugend und Kultur

Ausschussvorsitz: Milena Merrem (Leipzig), Renée Umbreit (Schwerin)

Die Frage nach politischer Partizipation: Wie kann die EU politische Partizipation Jugendlicher aus allen gesellschaftlichen Bereichen fördern und eine dauerhafte Beteiligung garantieren?

Das Modell Europa Parlament

1. befürwortet die Gründung einer
 - a) eine beratende Funktion im europäischen Parlament einnehmenden,
 - b) soweit es möglich ist aus Vertretern aller EU- Mitgliedstaaten bestehenden,
 - c) bestehend aus in den jeweiligen EU- Mitgliedsstaaten lebenden, in einem Bewerbungsverfahren ausgewählten, von Jugendlichen gewählten, politisch erfahren Jugendlichen

Delegation;

2. plädiert für eine transparente Begegnung zwischen politisch Aktiven und der Gesamtheit der Jugendlichen in der EU;
3. drängt zum Ausbau einer webbasierten Kommunikationsstrategie zwischen der Jugend und Politik auf einer allseits verständlichen Sprachebene;
4. richtet die
 - a) einen alle Maßnahmen finanzierenden Fond beinhaltende,
 - b) Finanzen verwaltende,
 - c) Kontrolleure stellende,
 - d) Von der EU beauftragte, die Grundbildung in EU-Mitgliedstaaten, auszuarbeiten;

OJP (Organisation Jugendpolitik) ein;

5. empfiehlt eine verstärkte allgemeine Grundbildung
 - a) ab dem Alter von 12- 14 Jahren in allen Schulformen,
 - b) zusätzliche Aufklärung über aktuelle Geschehnisse in der Politik liefernde,
 - c) beauftragt die OJP mit der Ausarbeitung der allgemeinen Grundbildung;
6. ruft dazu auf, neue EU- weite, Jugendliche dazu bewegende, sich für die Probleme im eigenen Land einzusetzen, jugendpolitische Programme zu gründen;
7. fordert zudem eine materielle und finanzielle Unterstützung von bestehenden Jugendprogrammen und Bildungsstätten;
8. fördert die Berichterstattung über die Auswirkungen der Jugendpartizipation in der Politik;
9. sympathisiert attraktive und originelle Informationsveranstaltungen von der EU, zum Beispiel auf großen kulturellen Events;
10. wünscht die Beteiligung der Jugendlichen auf kommunaler Ebene durch eine Wahlaltersenkung auf 16, um sie an das zukünftige Wahlverhalten heranzuführen;

Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

Ausschussvorsitz: Antonia Otto (Sachsen-Anhalt), Leon Jürning (Bremen)

***Die Frage nach einer Lösung für die Problematik des Rassismus:
Wie soll in Zukunft gegen den wachsenden strukturellen Rassismus in Europa vorgegangen werden?***

Das Modell Europa Parlament

1. beschließt die Durchführung multimedialer Aufklärungskampagnen zum Thema Rassismus und beauftragt das Komitee APE (Aufklärung pro Europa) mit der Erarbeitung dieser;
 2. fördert die Weiter- und Ausbildung von pädagogischen Fachkräften zum Thema Multikulturalität;
 3. plädiert für die Durchführung von Seminaren und Projektwochen zur Aufklärung der in IC B genannten Einrichtungen;
 4. subventioniert schon bestehende Projekte;
 5. beschließt eine Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit und Subventionierung bestehender Hilfsstellen für
 - a. Opfer rassistischer Vorfälle,
 - b. Aussteiger rassistischer Gruppen;
 6. betont die enge Zusammenarbeit der Hilfsstellen für Opfer rassistischer Vorfälle mit der ECRI (Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz);
 7. beauftragt die ECRI mit der Prüfung der Gleichbehandlung bei der Rechtsprechung;
 8. schlägt vor, den Führungskräften im öffentlichen Dienst im Falle von offiziell nachgewiesenem Racial Profiling für den schuldigen Mitarbeiter zur Rechenschaft zu ziehen;
 9. beauftragt die ECRI mit der offiziellen Diagnostizierung oder Widerlegung des Vorwurfes einer Vorgehensweise des Racial Profiling;
 10. befürwortet zusätzliche Bildungsprogramme für Minderheiten zur Garantierung der Teilhabechancen in der Gesellschaft durch
 - a. Behebung möglicher Qualifikationsdiskrepanzen,
 - b. Erleichterung der Integration;
 11. beschließt die Gründung der Organisation EU 4U, die sich mit der neutralen Berichterstattung über eventuelle Probleme mit Minderheiten durch
 - a. EU weite Talk-Shows und Nachrichtensendungen,
 - b. eine EU-Zeitung,
 - c. Radionachrichten
- befasst;
12. begrüßt ein Verbot zur Abänderung des Miet- bzw. Arbeitsvertrags aufgrund aller in Art. 21 Charta der Grundrechte der europäischen Union genannter Kriterien;
 13. sympathisiert mit der Verbreitung einer Werbekampagne vor allem im Fernsehen und Internet unter Verwendung der Vorbildfunktion von Politikern und anderen Berühmtheiten zur Bekämpfung von Rassismus;

14. betont die konsequente Durchsetzung von bereits bestehenden Strafen bezüglich rassistischer Taten durch die Organisation ENAR (Europäisches Netzwerk gegen Rassismus)

Ausschuss für Energie und Umwelt

Ausschussvorsitz: Dennis Hero (Saarland), Frederik Stuhlemmer (Nordrhein-Westfalen)

Die Frage nach europäischen Standards für Abfall und Recycling: Welche Strategie sollte die EU bei der Verringerung der anfallenden Müllmengen verfolgen? Wie kann die Effizienz und die Klimaverträglichkeit des Recyclingprozesses in Europa gesteigert werden?

Das Modell Europa Parlament

1. beschließt die Subventionierung ressourcensparender Firmen;
2. führt eine von einer neu gegründeten Institution PBC (Plastic Bags Controlers) bestimmte Steuer auf Plastiktüten (Plastiktüten zur hygienischen Nutzung ausgeschlossen) abhängig von deren Nutzungsdauer ein;
3. plädiert auf die Erhöhung des prozentualen Abfallrecyclings auf mindestens 60% der Siedlungsabfälle bis 2025;
4. unterstützt bereits bestehende Institute zur Erforschung von effektiveren und umweltfreundlicheren Produktionsabläufen unter Berücksichtigung von gleichbleibenden Qualitätsstandards;
5. führt ein EU-weites Pfandsystem für Mehrwegflaschen ein;
6. beschließt, multimediale Aufklärungskampagnen über die Auswirkungen des Abfalls auf die Umwelt durchzuführen;
7. richtet ein Gremium COC (Controlers of Certification) zur Überarbeitung der bereits vorhandenen Richtlinien bezüglich der Müllentsorgung ein;
8. befürwortet stärkere Kontrollen durch die nationalen Behörden bei der Einhaltung bereits vorhandener Richtlinien der Müllentsorgung, insbesondere durch
 - a. die Protokollierung des Entsorgungsprozesses in einem einheitlichen Melderegister für Hersteller und Importeure,
 - b. Vorortkontrollen durch qualifizierte Fachkräfte;
9. hält das verstärkte Verhängen von Sanktionen bei Nichteinhaltung der Richtlinien für Unternehmen europaweit für notwendig;

10. fordert ein einheitliches EU-weites Müllsammelungs- und Trennungssystem bestehend aus einer gut ersichtlichen Kennzeichnung der Abfallkategorien für die Trennung und Wiederverwertung auf
 - a. den Verbrauchsgütern,
 - b. den Müllbehältnissen;
11. plädiert für die Senkung der Müllentsorgungsgebühren für Schiffe an Häfen;
12. unterstützt die Erforschung neuer Methoden zur Meeressäuberung und deren Ausübung;
13. strebt eine internationale Zusammenarbeit bezüglich der Vermeidung und Beseitigung der Meeresverschmutzung an;
14. drängt zu strengeren Kontrollen im Bereich des Abfallexports in Drittländer;

Ausschuss für Sicherheit und Verteidigung

Ausschussvorsitz: Saskia Müller (Rheinland-Pfalz), Christopher Bader (Hessen)

Die Frage nach dem Umgang mit Rüstungsexporten: Soll es innerhalb der EU einheitliche Regelungen zur Abwicklung von Rüstungsexporten geben; wie sollen diese aussehen?

Das Modell Europa Parlament,

1. beschließt die strikte Kontrolle der Endverbleibserklärung und hält das Entsenden von Kontrolleuren in Krisengebiete für notwendig;
2. führt Staatenüberprüfungen zur Feststellung der Problematik in Krisengebieten ein;
3. fordert sofortige Sanktionen der EU im Falle der Waffenweitergabe von Importländern an Drittstaaten;
4. beschließt einen jährlich auszufüllenden und zu veröffentlichenden Blanko-EURüstungsexportbericht¹
5. richtet ein Expertengremium SWAT (Special Weapon Analysis Programme) zur Klassifizierung von Rüstungsgütern ein;
6. beauftragt unabhängige Beobachtungsgruppen der EU mit
 - a. der Beobachtung der betroffenen Importländer,
 - b. dem Vorlegen des Beobachtungsberichtes vor der Regierung des Exportlandes und auf Nachfrage der EU;
7. legt den EU-Mitgliedsstaaten das Betreiben einer Konversionspolitik nahe;

8. führt Subventionen als Teil der Konversionspolitik ein;
9. beschließt vorzeitige demokratische Kontrollen des Exportes von Rüstungs- und Dual-Use-Gütern durch das jeweilige nationale Parlament;
10. befürwortet ein Vetorecht für die nationalen Regierungen,
11. fordert das Exportland auf, vor Beschluss eines Waffenhandels Informationen über den derzeitigen Rüstungsbestand des Importlandes einzuholen;
12. drängt zur Weiterleitung der Entscheidungsprozessprotokolle der jeweiligen Regierungen an die nationalen Parlamente und deren Weiterleitung an die Öffentlichkeit;

Ausschuss für internationalen Handel

Ausschussvorsitz: Clara Fidorra (Bayern), Thorben Sauermann (Brandenburg)

Die Frage nach dem weiteren Vorgehen der EU bezüglich des Freihandelsabkommens TTIP: Welche Auswirkungen auf die Stellung Europas in der Weltwirtschaft und auf die Regelungen, Standards, Zölle und Transparenz in der EU soll TTIP haben?

Das Modell Europa Parlament,

1. befürwortet die sofortige Veröffentlichung der Verhandlungsprotokolle;
2. hält eine Ausstiegsklausel für notwendig, wenn ein Land negative Folgen durch TTIP vorweist und führt die Kontrolle der Ausstiegsgesuche der einzelnen EU Mitgliedsstaaten durch den EuGH ein;
3. fordert eine Angleichung handelsrelevanter Standards auf die jeweils höheren Standards der EU oder der USA durch die Gründung eines transparent und wissenschaftlich arbeitenden Gremiums;
4. erklärt die in OC 3 genannten Standards und Gesetze als nicht investitionshemmend;
5. verlangt keine zu hohe Einflussmöglichkeit der Unternehmen in der Politik zur Sicherung der Interessen der Bevölkerung;
6. fordert eine schrittweise Senkung aller Zölle bis zur Abschaffung innerhalb von fünf Jahren;
7. beschließt, dass die Ratifizierung des TTIP-Abkommens in den nationalen Parlamenten mindestens zwei bis maximal sechs Monate nach dessen Vorlegung stattfindet;
8. gründet ein neutrales Internetforum zur Veröffentlichung des aktuellen

Verhandlungsstandes und der Verhandlungsergebnisse zur Konsultation der Bevölkerung;

9. empfiehlt bei eventuell auftretenden Problemen die Möglichkeit von Nachverhandlungen;

10. beschließt eine Verlängerung der Karenzzeit für Politiker auf mindestens drei Jahre,

11. gründet anstatt der Schiedsgerichte einen transparenten, transatlantischen Investitionsgerichtshof mit

a) einer Instanz zur Klärung des Streitfalls

b) einer weiteren Instanz zur Revision

c) neutralen und das Völkerrecht vertretenden Richtern;

12. begrüßt die Einbeziehung der WTO in die Verhandlungen;